

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/134

27. Juli 1973

Prinzip der Freiheit im Vordergrund

Die tragende Kraft unserer Weltanschauung

Von Dr. Alex Möller MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Bundestag

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Gesellschaftliche Notwendigkeiten

Anmerkungen zur Lage auf dem Baumarkt

Seite 3 / 48 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wir bedürfen Fritz Eriers Vorbild

Seite 4 und 5 / 77 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 828 846 / 828 847/  
SPD P

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

## Prinzip der Freiheit im Vordergrund

### Die tragende Kraft unserer Weltanschauung

Von Dr. Alex Möller MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag

Der Staat, vom Machtgedanken her betrachtet, wirft sofort die Frage nach der Freiheit der Einzelperson in diesem Machtgebilde auf. Darin liegt nicht nur ein sittliches, sondern gleichermaßen soziales Ordnungsprinzip. Es gilt, die Freiheit zu wahren, nicht allein in der Rangordnung der Wirtschaft und des Soziallebens, sondern auch und gerade gegenüber dem Staat.

Die Erscheinungsformen der Macht in unserer politischen und wirtschaftlichen Gegenwart weisen je nach ihrer Konstruktion einen durchaus differenzierten Inhalt an Verantwortlichkeit auf. Die stärksten Unterscheidungen sind an dem diametralen Gegensatz von Totalitarismus und Demokratie zu erkennen.

Artikel 20 des Grundgesetzes bestimmt, daß "alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht". Es ist selbstverständlich, daß das Volk als Ganzes nicht ständig und im Sinne der Staatsgewalt handelnd in Erscheinung treten kann. Die Bürger sind jedoch an der politischen Willensbildung beteiligt; nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch die Präsenz der öffentlichen Meinung und deren maßgeblichen Einfluß auf das jeweilige politische Geschehen. Daß dabei die Durchschnittszeitung "meinungsbildender" wirkt als der Durchschnittspolitiker, kann niemand ernsthaft bestreiten.

Was die Beteiligung an der staatlichen Willensbildung angeht, so kommt es in der Demokratie wesentlich darauf an, möglichst alle Bürger politisch zu mobilisieren. Voraussetzungen hierfür müssen politische Gleichheit und Beachtung der eigenen Freiheitsgrenzen sein, ohne die ein demokratisches Staatswesen nicht vorstellbar ist. Ich muß hinzufügen, daß sich das, was wir heute unter der politischen Gleichheit verstehen, sehr stark von früheren Auffassungen unterscheidet. Die liberal-demokratische Theorie des 19. Jahrhunderts verstand unter Gleichheit die sogenannte proportionale Gleichheit, nach der der Mensch entsprechend seiner Anlage, seinem Charakter, seinem Intellekt zu unterscheiden war. Dementsprechend wurden die Menschen in der politischen Sphäre unterschiedlich behandelt. Im 20. Jahrhundert sind die zwischen den Menschen bestehenden Verschiedenheiten unwesentlich gegenüber dem, was sie miteinander verbindet.

Heute finden wir im sozialen Bereich eine weitgehende Koppelung staatlicher und persönlicher Verantwortung. Im modernen Staatsgefüge demokratischer und freiheitlicher Verfassung ist es eine zentrale Aufgabe, durch die Anstrengung der staatlichen Gemein-

schaft den Hilfsbedürftigen Schutz vor den persönlich unverschuldeten Schicksalsschlägen zu geben.

Zweifellos kann erwartet werden, daß das Zugeständnis der individuellen freiheitlichen Entscheidung des einzelnen gerade im sozialen Bereich seine persönliche Verantwortlichkeit begreifen und beachten läßt. Jeder muß zunächst einmal selbst das ihm Mögliche tun, um sich und die Familie vor Not und Elend zu schützen. Diesem Petition wird in der Sozialversicherung durch die eigene Beitragsleistung entsprochen. Denn niemand darf sich so verhalten, als hätte er einen bedingungslosen moralischen Anspruch auf materielle staatliche Hilfe in uneingeschränktem Maße. Für die Gemeinschaft kann eben nicht entscheidend sein, welche persönlichen Vorstellungen der einzelne über ein ausreichendes Maß an Unterstützung zur Sicherung des eigenen Wohlstandes hat. Der Gemeinschaft ist vor allem aufgetragen, für die lebenserhaltenden Bedürfnisse derjenigen zu sorgen, die aus eigener Kraft, besonders nach einer unverschuldet entstandenen Notlage, nicht mehr in der Lage sind, diese Lebensnotwendigkeiten selbst zu schaffen. Es bleibt in der Vorsorge für Krankheit, Invalidität, Alter und Hinterbliebene trotz der ihren Aktionsradius immer mehr erweiternden staatlichen Sozialversicherung dennoch ein beachtlicher Raum, der durch private Maßnahmen, durch den Abschluß von Lebens- und anderen Versicherungen, ausgefüllt werden muß.

Das Anliegen, um das es hierbei geht, ist das unserer menschlichen Existenz schlechthin. Jeder von uns ist vor die Entscheidung gestellt, welche Haltung er gegenüber einer solchen Situation einnehmen will: die des Menschen, der angesichts einer großen latenten Gefahr in Fatalismus verfällt, der die Dinge treiben läßt, den Tag genießt, praktisch also à la baisse spekuliert - oder die des Menschen, der in der nüchternen Überlegung, daß selbst die kleinste Chance eines Ausbleibens der Katastrophe uns verpflichtet, früh genug eigenverantwortlich zu handeln und vorzusorgen, sich entsprechend verhält.

Für mich steht das Prinzip der Freiheit als tragende Kraft unserer Weltanschauung im Vordergrund allen Tuns und Lassens. Die Würde jedes Menschen und der Anspruch auf die Respektierung seiner Persönlichkeit sind ohne einen freiheitlichen Entfaltungsraum nicht denkbar. Das setzt zugleich eine scharfe Grenzziehung gegenüber den zerstörenden Elementen der Anarchie voraus. Diese sehr schwere, die Bewährung der Demokratie wesentlich mitentscheidende Aufgabe möge erkannt und von denen gelöst werden, denen wir allen die Meisterung der Zukunft anvertrauen.

(Aus dem Schlußkapitel des neuen Möller-Buches "Ein Arbeitsleben für die Assekuranz"/Verlag Versicherungswirtschaft E.V. - Karlsruhe 1973)  
(-/17.7.1973/ks/ex)

### Gesellschaftliche Notwendigkeiten

#### Anmerkungen zur Lage auf dem Baumarkt

Auf dem Wohnungsmarkt geht es gegenwärtig sehr unruhig zu. Die Zahl von Zusammenbrüchen von Bauträgergesellschaften und Firmen steigt an. Viele begonnene Bauten müssen, weil dem Bauträger das Geld ausgegangen ist, unvollendet bleiben. Unbewohnte Wohlstandsruinen (so das Bonner Städtebauinstitut) warten auf Käufer, die sich nicht finden, weil die horrenden Mietpreise nicht bezahlt werden können.

Eine Frankfurter Baufirma kam nun auf die famose Idee, ihre leerstehenden und unverkäuflich gewordenen Wohnungen zu Sozialmieten zu vergeben, wobei die Differenz zwischen den Sozialmieten und dem geforderten Mietsatz aus Mitteln des städtischen Haushalts beglichen werden solle. Hoffentlich bleibt dieser Gedanke nur ein Hirngespinnst, denn wo kämen wir hin, wenn die nicht gerade bescheidenen Spekulationserwartungen von Baulöwen mit öffentlichen Geldern befriedigt werden sollen? Für diese Art von Sanierung hätte die Öffentlichkeit kein Verständnis. Diese Bauträgerfirma will etwa nach dem Motto handeln, daß Gewinne zu privatisieren, aber Verluste zu sozialisieren seien.

Dem Bundesminister für Wohnungs- und Städtebau, Dr. Hans-Jochen Vogel, ist nur Recht zu geben, wenn er angesichts der Fleiten auf dem Wohnungsbaumarkt feststellte, daß es nichts schaden könne, wenn man in dieser Branche erkenne, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. All zu viel Wildwuchs hat sich in diesem Sektor entfaltet; ihn zu beschneiden, kann nur nützlich sein. Die Dämpfung des Baubooms paßt in die konjunkturpolitische Landschaft, und wenn Häuser und Wohnungen heute nicht mehr zu jedem geforderten Preis verkauft werden können, so liegt das ganz im Sinne des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung.

Noch eine andere Feststellung des Bundeswohnungsbauministers verdient in diesem Zusammenhang aufmerksam registriert zu werden. Sein Ministerium beabsichtigt eine Reform des für ein Jahr ausgesetzten Paragraph 7b des Wohnungsbaugesetzes, mit dem in vergangenen Jahren oft Mißbrauch und Schindluder getrieben worden ist. Der Paragraph kam, was der Gesetzgeber gewiß nicht wollte, in seiner bisherigen Fassung dem größten Teil der sehr Vermögenden zugute und vermehrte ihren Reichtum. Geplant ist nun ein für alle Bauwilligen gleichhoher Festbetrag, den sie von der Steuersumme absetzen können. Der Vorteil dieser Regelung käme den Minderbemittelten zugute. Außerdem soll dem Unfug der Finanzierung von Zweitwohnungen aus öffentlichen Mitteln, also zu Lasten des Steuerzahlers, ein Ende bereitet werden. Wer unbedingt einen zweiten Wohnsitz haben will, der soll den ganz aus eigener Tasche finanzieren. Die geplante Neuregelung des Paragraph 7b trägt den Geboten der sozialen Gerechtigkeit mehr Rechnung. Immer wird es Bürger geben, die nach einer Eigentumswohnung oder nach einem Eigenheim streben. Sie nicht zum Opfer gewinnsüchtiger Wohnungsbauspekulanten werden zu lassen, liegt im allgemeinen Interesse. Die Reform des Paragraph 7b entspricht einer gesellschaftspolitischen Notwendigkeit.

(ae/17.7.1973/sg/ks/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wir bedürfen Fritz Erlers Vorbild

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, SPD-Präsidiumsmitglied Herbert Wehner MdB, hat am 14. Juli in Würzburg am Grabe des am 22. Februar 1967 verstorbenen stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler MdB, der jetzt 60 Jahre alt geworden wäre, folgende Rede gehalten:

Heute hätte Fritz Erler sein 60. Lebensjahr vollendet. An seinem Grabe möchten wir ihm danken. Er gehört zu denen, für die es keinen Ersatz gibt. Aber von dem, was er ausgesät, erweckt und gewirkt hat, lebt, wirkt und erweckt weiter viel mehr in Köpfen und Herzen anderer als die offizielle Chronik erkennen läßt.

Er hat die prägende Schule des Kämpfens gegen die Diktatur durchlebt und durchlitten und behielt die Würde, auch noch Menschen zurecht zu helfen, die auf der anderen Seite gestanden hatten. Er ist vielen Vorbild geworden und geblieben, weil er stärker war als die herrschenden Vorurteile, die er zu überwinden hatte.

An seinem Grabe wird uns bewußt, was wir an ihm verloren haben und was wir durch ihn gewannen. Fritz Erlers zu gedenken heißt: Sich zu besinnen auf die Tugend, mehr zu sein als zu scheinen.

Am 14. Juli des Jahres 1966, an dem er mit Willy Brandt und mir die Absicht gehabt hatte, die Auffassungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einer Debatte mit Vertretern der im anderen deutschen Staat regierenden Partei darzulegen und zu verfechten, sagte er: "Wir Sozialdemokraten stehen in der großen Tradition der europäischen Freiheitskämpfer und der sozialistischen Arbeiterbewegung mit unserem Ringen für Frieden, Freiheit und Menschenwürde für unser ganzes deutsches Volk."

Und er unterstrich: "Alle Völker wollen Frieden. Wir Deutsche brauchen ihn noch mehr als andere. Mitten durch unser Land geht die Linie, an der die hochgerüsteten Weltmächte einander gegenüberstehen. Ein Krieg würde unser Volk auf beiden Seiten dieser Linie ausrotten. Wir müssen also arbeiten für die Minderung der Kriegsgefahr und für die Entspannung in den Beziehungen der Weltmächte. Bei dieser Entspannung wollen wir nicht vergessen werden. Deshalb müssen wir Deutsche daran mitwirken."

Fritz Erler, der Europäer und Internationalist, hat dieses schwierige deutsche Volk geliebt und ihm draußen ungezählte Freunde

erworben, wie er seiner Partei zum ausgeglichenen Selbstvertrauen verholfen hat.

Am 30. Juni des Jahres 1960, an dem Tage, an dem wir im Bundestag Seite an Seite für deutsche Politik im Bewußtsein der Realitäten gefochten haben, sagte er in einer Erwiderung auf die Rede eines Abgeordneten der CSU: "Verehrter Kollege ..., ich weiß nicht, ob Sie die Absicht hatten, zu verletzen. Aber mich hat es verletzt, daß Sie die Treue der Sozialdemokratischen Partei zu jener freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Zweifel gezogen haben, das wir mit beschlossen haben und dem die CSU damals ihre Zustimmung großenteils nicht gegeben hat. Wir bekennen uns zu diesem Staat. Wir bekämpfen nicht diesen Staat, sondern wir kämpfen darum, daß dieser Staat eine andere Regierung bekommt. Es ist unser Recht und unser oppositioneller Auftrag, für eine andere Regierung zu kämpfen", sagte Fritz Erler und fuhr fort:

"Wir wehren uns aber dagegen, daß sich aus der Art, wie mancher das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zum Staat glaubt definieren zu können, praktisch doch die Vorstellung ergibt, er und seine Partei hielten sich für den Staat. Das ist ein entscheidender Irrtum ..., vor dem nicht genug gewarnt werden kann."

"Sie können doch jetzt" - erklärte Fritz Erler weiter - "nicht plötzlich sagen, daß das Bekenntnis zur Bundesrepublik, zur Freiheit und zur NATO automatisch das Bekenntnis zu dem sein müsse, was uns, nach Inhalt und Bedeutung völlig ungeklärt, von Ihnen als Kapitalismus angepriesen wird. Das ist zuviel verlangt. Wenn die westliche Welt den Wandel der Zeit im 20. Jahrhundert und sogar in den hochentwickelten Industriegesellschaften der Vereinigten Staaten nicht begriffe und nicht einsähe, wie wenig vom Kapitalismus als dem erstrebenswerten und zu verteidigendem Gut die Freiheit schützen wollte, dann wäre der Kampf in den Entwicklungsländern für die Sache der Freiheit verloren."

So Fritz Erler am 30. Juni 1960.

Wir verneigen uns im Gedenken an diesen Vorkämpfer. Wir danken ihm. Wir danken seiner Familie.

Fritz Erler bedarf unseres Rühmens nicht, aber wir bedürfen seines Vorbildes.

(-/17.7.1973/ks/ex)

+ + +